



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.

Aktuell seit 17.06.2026 08:48:18

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R005267
Ersteintrag:	28.09.2022
Letzte Änderung:	17.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	17.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 580350 10413 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930817985818 E-Mail-Adressen: benjamin.steinitz@rias-bund.de isabell.wiesner@rias-bund.de Webseiten: https://www.report-antisemitism.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Annette Seidel-Arpaci**
Funktion: Vorstand
2. **Daniel Botmann**
Funktion: Vorstand
3. **Benjamin Steinitz**
Funktion: Vorstand / Geschäftsführung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Dr. Cord-Heinrich Plinke**
2. **Benjamin Steinitz**

Gesamtzahl der Mitglieder:

23 Mitglieder am 01.07.2024, ausschließlich natürliche Personen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Diversitätspolitik; Religion/Weltanschauung; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Kriminalitätsbekämpfung; Opferschutz; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Öffentliches Recht; Strafrecht; Zivilrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch direkte Anschreiben, Fachgespräche, Stellungnahmen und sucht der Bundesverband RIAS e. V. gezielt den Austausch mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Im Zentrum steht dabei die Interessenvertretung der zivilgesellschaftlichen Meldestellen für antisemitische Vorfälle, um das Problembewusstsein für Antisemitismus zu schärfen.

Zudem organisiert der Verband Informationsveranstaltungen, bei denen aktuelle Erkenntnisse aus der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle und verschiedener anwendungsorientierter Forschungsprojekten vorgestellt werden.

Ziel ist es zum einen, die Perspektive Betroffener von Antisemitismus zu stärken, Polizei und Justiz für diese zu sensibilisieren und so zur Umsetzung der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für Jüdisches Leben (NASAS) beizutragen.

Zum anderen können politische Entscheidungsträger auf Basis der Analysen des Bundesverband

RIAS e.V. zu aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus Handlungsbedarfe besser identifizieren bzw. diese in Maßnahmenkataloge übersetzen.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Anpassung des § 476 StPO hinsichtlich Auskünften durch die Strafverfolgungsbehörden

Beschreibung:

Ergänzung der Auskunftsbefugnis von Strafverfolgungsbehörden in § 476 StPO um den Zweck der statistischen Erhebung. Mit dieser Anpassung wird das Ziel verfolgt, eine verbindliche Rechtsgrundlage zu schaffen, die es Strafverfolgungsbehörden erlaubt, statistische Daten mit gemeinnützigen Körperschaften abzugleichen, die im öffentlichen Interesse zu unterschiedlichen Phänomenen der Hasskriminalität statistische Erhebungen durchführen.

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]; Opferschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406280165 (PDF - 30 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (7):

1. **Bundesprogramm "Demokratie leben!" des Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Regiestelle "Demokratie leben!" beim BAFzA in Schleife
Betrag: 420.001 bis 430.000 Euro
Förderung als Teil des Kooperationsverbunds gegen Antisemitismus im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!"
2. **Bundesministerium des Innern und für Heimat**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bundesministerium des Innern und für Heimat, Berlin
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Austausch von Polizei und Zivilgesellschaft zu Antisemitismus
3. **Europäische Union**
Europäische Union
Brüssel, Straßburg, Luxemburg
Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro
Standardisierten Erfassung von Holocaustleugnung und -verharmlosung in fünf europäischen Ländern
4. **Bundesministeriums des Innern und für Heimat**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Bundesministeriums des Innern und für Heimat, Berlin
Betrag: 890.001 bis 900.000 Euro
Institutionelle Förderung
5. **Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Brandenburg an der Havel
Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Aufbau des European Network on Monitoring Antisemitism (ENMA) in Polen, davon 75.621,00 € als Weiterleitung an Letztempfänger
6. **Bundesprogramm "Demokratie leben!" des Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Regiestelle "Demokratie leben!" beim BAFzA in Schleife
Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro
Gründen und betreiben der regionalen Meldestelle RIAS Baden-Württemberg, davon 38.000 € als Weiterleitung an Letztempfänger
7. **Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg**
Deutsche Öffentliche Hand – Land
Stuttgart
Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
Gründen und betreiben der regionalen Meldestelle RIAS Baden-Württemberg, davon 7.000 € als Weiterleitung an Letztempfänger

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Gemeinnützige Hertie-Stiftung**

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zweckgebundene Projektförderung für eine Wanderausstellung

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024.pdf](#)